



**GuntherKrichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten  
für Pforzheim und den Enzkreis

## Bundestag möchte Menschen zur Organspende bewegen

**Die Entscheidungslösung bei Organspenden wird nunmehr konkreter. An diesem Donnerstag begann mit einer großen Debatte die parlamentarische Beratung des Gesetzes zur Regelung der Entscheidungslösung im Transplantationsgesetz, das gemeinsam von Abgeordneten aller Fraktionen eingebracht wurde.**

Alle Bürger sollen künftig offensiv nach ihrer Bereitschaft zur Organspende gefragt werden. „Es geht darum, unter welchen Voraussetzungen wir in der Transplantationsmedizin zu größerem Erfolg kommen“, sagte CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder in der Plenardebatte. Die seit 1997 geltende Zustimmungslösung soll durch die sogenannte Entscheidungslösung ersetzt werden.

Kauder wies auf die Dringlichkeit der Gesetzesänderung hin: „Es warten etwa 12.000 Menschen auf ein Spenderorgan.“ Für viele ist ein Spenderorgan sogar lebensrettend. Niemand dürfe zu einer Organspende gezwungen werden, betonte Kauder. Er hoffe allerdings, dass sich aufgrund der Entscheidungslösung mehr Leute mit dem Thema auseinandersetzen würden. Die Entscheidung für oder gegen eine Organspende sei eine höchst persönliche Angelegenheit. Der Staat allerdings müsse „positiv“ um mehr Spender werben.

Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung belegt, dass gut informierte Menschen der Organspende insgesamt positiver gegenüberstehen. Hier setzt der Gesetzentwurf an, indem die Bürger künftig über die Organspende besser informiert werden. So soll jeder in die Lage versetzt werden, sich mit der Frage seiner eigenen Spendenbereitschaft ernsthaft auseinanderzusetzen. Zudem soll jeder ausdrücklich aufgefordert werden, freiwillig eine Entscheidung zur Organspende abzugeben. Dabei wird die Ent-

scheidungsfreiheit des Einzelnen nicht eingeschränkt.

Mit dem Gesetzentwurf werden die allgemeinen Aufklärungspflichten im Transplantationsgesetz konkretisiert. So sollen die gesetzlichen Krankenkassen und die privaten Krankenversicherungen in einem ersten Schritt dazu verpflichtet werden, ihren Versicherten geeignetes Informationsmaterial zur Organspende zur Verfügung zu stellen. Auch sollen sie im Zusammenhang mit der Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte oder mit der Beitragsmitteilung einen Organspendeausweis bereitstellen, auf dem man seine Entscheidung bezüglich der Organspendebereitschaft dokumentieren kann. Erstmals werden hierzu alle Bürger im Laufe des ersten Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes angeschrieben.

Volker Kauder bedauerte, dass es derzeit noch nicht möglich sei, die Organspendebereitschaft auf der Gesundheitskarte zu dokumentieren. Dennoch sieht der Gesetzentwurf diese Möglichkeit vor, wenn die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Solange eine Speicherung der Organspendeerklärung auf der Gesundheitskarte noch nicht möglich ist, werden die Versicherten in einem regelmäßigen Abstand von zwei Jahren informiert und zur Abgabe einer Erklärung aufgefordert. Nach der Aufforderung im Jahre 2017 geschieht dies noch alle fünf Jahre. Ferner werden Bund und Länder verpflichtet, bei der Ausgabe von amtlichen Ausweisdokumenten wie Pass, Personalausweis oder Führerschein geeignetes Aufklärungsmaterial zur Organspende sowie einen Organspendeausweis zur Verfügung zu stellen. Die „sehr offensichtliche Lücke“ zwischen der Bereitschaft der Bevölkerung zur Organspende und der Umsetzung dieser Bereitschaft in konkretes Handeln werde nun endlich geschlossen.

### Lage im Euro-Raum verbessert sich weiter

Zum Aufatmen ist es noch zu früh. Doch die Zeichen mehren sich, dass sich nach zwei Jahren der Turbulenzen die Lage im Euro-Raum langsam beruhigt. Die Zinsen, die ein hoch verschuldetes Land wie Portugal für neue Staatsanleihen zahlen muss, sind zuletzt nach unten gegangen. Der Schuldenschnitt in Griechenland verlief weitgehend problemlos. Damit beteiligt sich auch der Privatsektor an der Schuldenreduzierung für Griechenland. In einem ersten Schritt verzichteten die Gläubiger auf 53% ihrer Forderungen. Zugleich werden die bisher bestehenden griechischen Staatsanleihen gegen neue getauscht, die geringer verzinst werden und eine längere Laufzeit haben. Dadurch kommt es zu einem weiteren Forderungsverzicht, der sich damit auf insgesamt 70% belaufen wird. Inzwischen hat sich auch der Internationale Währungsfonds bereit erklärt, sich am zweiten Rettungspaket für Griechenland zu beteiligen.

### Die Deutschen werfen zu viele Lebensmittel weg.

Knapp 11 Millionen Tonnen Lebensmittel werden jährlich von Industrie, Handel, Großverbrauchern und Privathaushalten als Abfall entsorgt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universität Stuttgart. Mit 61 % entsteht der Großteil dieser Lebensmittelabfälle in Privathaushalten, rund 6,7 Millionen Tonnen werden hier bundesweit jedes Jahr vernichtet. Jeder Bundesbürger entsorgt somit durchschnittlich 81,6 kg Lebensmittel pro Jahr – eine erschreckende Zahl. Dabei wären etwa 65 % dieser Menge vermeidbar. Der Wert dieser vermeidbaren Lebensmittelabfälle wird pro Kopf auf jährlich 235 Euro geschätzt, was sich bei einem Vier-Personen-Haushalt auf einen durchschnittlichen Betrag von 940 Euro im Jahr summiert. Deutschlandweit entspricht die Lebensmittelverschwendung einem Gegenwert von 21,6 Milliarden Euro pro Jahr. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wird daher unter dem Titel „Zu gut für die Tonne“ Ende März eine bundesweite Informationskampagne für Verbraucher starten. Vor allem soll darüber informiert werden, dass viele Lebensmittel auch nach Ablauf

des Mindesthaltbarkeitsdatums problemlos verzehrt werden können.

### Fragen und Antworten zum Fiskalvertrag

Der Fiskalvertrag ist der zentrale Baustein einer neuen Stabilitätskultur in Europa und es ist der Beharrlichkeit von Angela Merkel zu verdanken, dass ihn 25 der 27 EU-Staaten Anfang März unterzeichnet haben. Mit ihm geht die Mehrheit der EU-Staaten eine der fundamentalen Ursachen der Staatsschuldenkrise an: die mangelnde Haushaltsdisziplin. Der Vertrag wird vom Deutschen Bundestag Ende Mai ratifiziert und soll zum 1.1.2013 in Kraft treten. Die Unionsfraktion im Bundestag hat hierzu einen neuen Flyer „Ein wichtiger Schritt für Europas Zukunft – 12 Fragen und Antworten zum Fiskalvertrag“ herausgegeben. Dieser steht unter [www.cducsu.de/publikationen](http://www.cducsu.de/publikationen) für Sie bereit.

### Rentner erhalten mehr Geld

Die etwa 20 Millionen Rentner in Deutschland erhalten vom 1. Juli 2012 an mehr Geld. Im Westen steigen die Altersbezüge um 2,18%, im Osten um 2,26%. Damit erhalten auch die Ruheständler ihren Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung des letzten Jahres, der mit Lohnsteigerungen und einem deutlichen Beschäftigungszuwachs verbunden war. Die letzte größere Rentenerhöhung hatte es 2009 gegeben. 2010 gab es für die Rentner eine Nullrunde. Damals hätten die Renten aufgrund der gesunkenen Einkommen eigentlich ebenfalls sinken müssen. Dies wurde aber durch eine Gesetzesänderung verhindert.

